K-01

Grüne für weniger Tempo auf den Autobahnen und für die Einsparung fossiler Energie!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (KV Plön)
Tagesordnungspunkt:	K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

Sollen unsere GRÜNEN-Vertreter*innen in der Bundesregierung und im Bundestag jedes Entgegenkommen, das über die Verpflichtungen des Koalitionsvertrages hinausgehen würde, einstellen bis das FDP geführte Bundesverkehrsministerium endlich einem zunächst zeitlich auf zwei Jahre befristeten generellen Tempolimit zugestimmt hat und dieses beschlossen wurde?

Erstmals seit Messung der Temperaturen wurde eine Hitze über 40 Grad Celsius in England gemessen, Wälder brennen in Frankreich, in Australien, in Brandenburg und an vielen anderen Orten der Welt, es droht eine weitreichende Wüstenbildung, unsere Gletscher schmelzen auf den Bergen und an den Polen.

Der Meeresspiegel steigt, Inseln gehen unter, Korallen, Tier- und Pflanzenarten sterben aus, andernorts gibt es Starkregen, der ganze Dörfer wegspült, auch in Deutschland. Dies alles sorgt für Krankheit, Hunger und Flucht weltweit. Schon spekulieren Wissenschaftler*innen, ob wir gerade das Aussterben der Menschheit besiegeln oder „nur“ ganze Landesteile und Länder dauerhaft unbewohnbar werden: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klimawandel-menschheit-bedrohung-100.html

Das Zeitfenster zum Handeln schrumpft erschreckend schnell und der Einsatz der Bundesregierung ist in Teilen ausdrücklich zu loben, etwa wenn es um den geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien geht. Der Einsatz der Bundesregierung bleibt aber weit hinter dem zurück, was nun für ernsthaften Klimaschutz notwendig wäre, wenn gleichzeitig mehr Erdöl im Nationalpark Wattenmeer gefördert werden darf, Benzin und Diesel über drei Monate nachfragesteigernd subventioniert wurden, teilweise gefracktes flüssiges Erdgas (LNG) mit Milliardeninvestitionen importiert wird und wir zudem auch noch ärmeren Staaten das LNG wegkaufen. Damit schaffen wir in verwundbareren Teilen der Welt Versorgungsprobleme nach dem Sankt-Florians- Prinzip, das ist doch alles nicht GRÜN.

Unsere Rolle als Partei Bündnis 90 / Die GRÜNEN ist und bleibt es auch in Regierungsverantwortung, die erzielten Teilerfolge ausdrücklich zu loben, aber auch diejenigen Maßnahmen einzufordern, die heute noch fehlen. Denn das Klima verhandelt nicht, wir GRÜNE vermissen eine ganze Reihe von Klimaschutzmaßnahmen. Anstelle eines umfassenden

Katalogs an wichtigen Klimaschutz-Forderungen begrenzen wir uns an dieser Stelle auf den Aspekt eines zeitlich befristeten generellen Tempolimits.

Wenn ihr als Delegierte unserem Antrag mehrheitlich zustimmt, dann gilt ab sofort:

Unsere GRÜNEN-Vertreter*innen in der Bundesregierung und im Bundestag sollen jedes Entgegenkommen, das über die Verpflichtungen des Koalitionsvertrages hinausgehen würde, einstellen bis das FDP geführte Bundesverkehrsministerium endlich einem zunächst zeitlich auf zwei Jahre befristeten generellen Tempolimit zugestimmt hat und dieses beschlossen wurde!

Jede Stimmt zählt, **DANKE!**

Begründung

Deutschland ist als **angebliches Klimaschutz-Vorzeigeland** das einzige Land in Europa ohne Tempolimit. Und das, obwohl durch ein generelles Tempolimits von 100 bis maximal 120 km/h auf Autobahnen erhebliche Einsparungen beim Treibstoff zu verzeichnen wären, dies ist eine sofort greifende, ressourcensparende Klimaschutzmaßnahme.

Bei einem **Tempolimit** von 120 km/h könnten laut Umweltbundesamt 2,6 Millionen Tonnen CO2 äquivalent pro Jahr eingespart werden, bei **Tempo 100 km/h mit 5,4 Millionen Tonnen** sogar mehr als das Doppelte: https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/tempolimit-auf-autobahnen-mindert-co2-emissionen

Auch auf anderen Straßen macht eine Reduzierung des Tempos Sinn, um Treibstoffverbrauch und Unfallrisiken zu reduzieren. Die auf Autobahnen gefahrenen Geschwindigkeiten und Strecken machen aber zunächst dort eine Änderung der Geschwindigkeitsregelung notwendig.

weitere Antragsteller*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Paul Droßard (KV Pinneberg); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Eckhart Klein (KV Göppingen); Claus-Peter Schaffhauser (KV Landsberg-Lech); Elke Struzena (KV Fürstenfeldbruck); Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Kai Gaertner (KV Stormarn); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Jessica Sepke (KV Rendsburg-Eckernförde); Dustin Rösemann (KV Gifhorn); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Martin Pilgram (KV Starnberg); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.